

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

am Dienstag waren alle Augen auf Stuttgart gerichtet: Der **Schlichterspruch** von Heiner Geißler wurde mit Spannung erwartet. Direkt nach dem Spruch wurde jedoch deutlich, dass die Chance vergeben wurde, den Konflikt um **Stuttgart 21** zu befrieden. Es ist unverständlich, dass Geißler eigentlich mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten fordert, einen Volksentscheid über Stuttgart 21 aber ablehnt. Der nach der Schlichtung notwendige Stress-Test, eine Betriebssimulation am Computer, muss vor der Landtagswahl vorgelegt werden. Nur so erhalten die Bürger vor der Wahl Klarheit über das Projekt.

Eine nicht unerwartete, aber doch überraschende Ankündigung erreichte uns vergangenen Sonntag aus Hamburg: Die Hamburger Grünen steigen aus der seit 2008 bestehenden Koalition mit der CDU aus. Das zeigt auch für Baden-Württemberg: **Schwarz-Grün** schafft es nicht, zukunftsweisende Projekte zu verwirklichen. Diese Verbindung hält und trägt nicht. Die Neuwahlen in Hamburg im Februar bilden den Auftakt im Wahljahr 2011. Unsere Umfragewerte sind gut: Die SPD liegt bei 41 %, CDU 22 %, Grüne 21 %, Linke 7 %, FDP 4 %. Den Rückenwind aus Hamburg mit einer klaren Absage an Schwarz-Grün und einer starken SPD werden wir im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg nutzen!

Im Plenum des Bundestages ging es am Freitagvormittag hoch her: Die Bundesregierung stellte das **Gesetz zu den Hartz-IV-Regelsätzen** zur Abstimmung. Bereits im Vorfeld



**Berlin-Brief, Ausgabe 86**  
**03. Dezember 2010**

*Meine Termine*

**Forum des Migrationsbeirates der SPD Baden-Württemberg**  
*04.12.2010, 10.30 h, Stuttgart, Landtag*

**Weihnachtsessen SPD-OV Bad Friedrichshall**  
*04.12.2010, 19 h, Brunnenstüble Bad Friedrichshall-Kochendorf*

**Verbandsversammlung des Regionalverbands Heilbronn-Franken**  
*06.12.2010, 10 h, Erich-Fritz-Halle Pfedelbach*

**Arbeitseinsatz bei der Evangelischen Stiftung Lichtenstern**  
*07.12.2010, 9 h, Löwenstein*

**Gespräch mit Pro Region Heilbronn**  
*07.12.2010, 19 h, Rappenhof Weinsberg*

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030-227-70107  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**  
Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn  
Tel. 07131-783616  
[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*



hatten wir eine hochemotionale Debatte darüber, wie Schwarz-Gelb es versäumt, vor allem den Kindern in unserem Land faire Chancen für Bildung zu geben. Ursula von der Leyen verteidigt ihr „Bildungspäckchen“ als großen Wurf. Wahr ist: Gerade einmal 700 Millionen Euro sind es ihr wert, um Kindern aus bedürftigen Familien zu helfen. Wahr ist auch: Das von der Union damals so heftig abgelehnte Ganztagschulprogramm der SPD-geführten Regierung hat 4 Milliarden Euro in den Ausbau der Bildungsinfrastruktur gebracht. Die Regierung lügt sich in die eigene Tasche, wenn sie jetzt mit warmen Worten so tut als würde sie sich um die Kinder in unserem Land kümmern. Das Gegenteil ist der Fall! Union und FDP haben jahrelang die fortschrittliche Bildungs- und Betreuungspolitik von Rot-Grün im Bundesrat verwässert und abgelehnt. Ursula von der Leyen betreibt in Talkshows eine Inszenierung. Wir Sozialdemokraten messen sie aber nicht an ihren Auftritten im Fernsehen, sondern an ihren Taten – und die sind unehrlich und unsozial!

Ebenfalls sehr emotional haben wir am Donnerstag erneut über die **Erhöhung des Renteneintrittsalters** debattiert. Die Regierung hat dazu einen Bericht vorgelegt, mit dem überprüft werden soll, wie sich die Arbeitsmarkteteiligung älterer Arbeitnehmer entwickelt. Ich hatte meine Zustimmung zur Rente ab 67 im Jahr 2007 damit verbunden, dass diese Berichtspflicht ins Gesetz geschrieben wird. 76,6 % der 60- bis 65-Jährigen sind heute nicht in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Es stimmt zwar, dass sich der Trend der Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer verbessert hat. Aber die Bundesregierung redet nur von Trends ohne die Menschen, die hinter diesen Zahlen stehen, zu beachten! Schwarz-Gelb spielt Roulette mit dem Schicksal der älteren Menschen, die nicht wissen, ob sie bis zum Renteneintrittsalter am Arbeitsmarkt durchhalten. Ursula von der Leyen interessiert sich nicht für die Probleme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Lebenswirklichkeit. Wir Sozialdemokraten setzen uns für eine Verschiebung des Beginns der Erhöhung des Renteneintrittsalters ein und fordern deutlich stärkere Anstrengungen, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu verbessern und die Arbeitswelt altersgerechter zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen